

# Bad Homburger Neueste Nachrichten

Bezugspreis: 1.75 Rmk. monatlich frei Haus. — Erscheint werktäglich nachmittags. — Bei Ausfall der Lieferung ohne Verschulden des Verlags oder infolge von höherer Gewalt, Streit etc. kein Anspruch auf Entschädigung. Für unverlangt eingesandte Zuschriften übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr. — Einzelnummern: 15 Bfg.

## Kreisanzeiger für den Obertaunuskreis

Bad Homburger Tageszeitung und Anzeiger

Bad Homburger Lokal- und Fremdenblatt \* Taunuspost

Anzeigenpreis: Die einpaltige 30 mm breite Nonpareillezeile kostet 30 Bfg. Lokale Gelegenheitsanzeigen nach besonderem Tarif. — Die 88 mm breite Nonpareille-Neckenzeile kostet 1.—, zwischen Text 1.50 Rmk. — Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen nach Möglichkeit aber ohne Gewähr. — Offertgebühr 50 Bfg.

2707 [Fernsprech-Anschluß] 2707 Geschäftsstelle, Redaktion und Druckerei: Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstraße 24 Postfachkonto Frankfurt-M. 398 46

Ar. 288

Mittwoch, den 9. Dezember 1931.

6. Jahrgang

## Die vierte Verordnung

des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens.

### Der Inhalt:

Berlin, 9. Dezember.

Die angekündigte amtliche Mitteilung über die Notverordnung wird, wie von zuständiger Stelle nunmehr mitgeteilt wird, erst am Mittwoch ausgegeben. Die Veröffentlichung des Wortlautes der neuen Notverordnung, die ein Druckwert von 50 Seiten ist, ist gleichfalls auf Mittwoch verschoben worden.

Ueber den Inhalt der Notverordnung werden von unterrichteter Seite folgende Angaben gemacht:

### Der Preisabbau.

Der erste Teil der Notverordnung befaßt sich mit dem Problem der Preis- und Zinssenkung. Die gebundenen Preise werden sämtlich um 10 Prozent gekürzt. Wenn diese Senkung nicht durchgeführt wird, so gelten alle Vereinbarungen als null und nichtig. Das Kabinett hat sich aber nicht entschlossen, die Kartelle aufzulösen. Der Wirtschaftsminister kann über die Grenze aber noch hinausgehen, und den Zeitpunkt für die Herabsetzung vorschreiben. Der Preis für Rohle und Kalk wird ab 1. Januar ebenfalls um 10 Prozent gekürzt. Es ist auch Vorsorge getroffen, daß die Herabsetzung des Rohlenpreises sich im Kleinhandel auswirkt. Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler ist zum Preislenkungs-Kommissar ernannt worden.

Er hat die Aufgabe, die Durchführung ständig zu überwachen und bei weitestgehenden Vollmachten unter Umständen Maßnahmen zu treffen, die bis zur Schließung von Geschäften gehen.

### Die Zinssenkung.

Das schwierigste Problem ist die Zinssenkung. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, die Zinsen für die festverzinslichen Papiere zu senken und zwar sowohl die Schuldverschreibungen des Reiches, der Länder und der Kommunen als auch privater Papiere dieser Art. Die Zinssenkung soll durchgeführt werden bei 8 Prozent oder weniger auf 6 Prozent, bei Zinssätzen von mehr als 8 Prozent im Verhältnis von 8:6. Diese Regelung gilt auch für Hypotheken und Pfandbriefe, und es wird ausdrücklich unterstrichen, daß die Art der Durchführung von vornherein eine Schwächung solcher Papiere ausschließt. Der Reichskommissar für das Bankgewerbe wird durch Vereinbarung mit den Spitzenverbänden eine Senkung der Debetzinsen herbeiführen. In den Fällen, in denen eine Vereinbarung nicht möglich ist, hat der Kommissar das Recht, sich aus Festsetzungen zu treffen.

Von besonderem Interesse ist, daß die Steuererlässe zu Zugunsten ab 1. Januar aufgehoben werden.

Die Hauszinssteuer soll allmählich abgebaut werden, und sie wird zunächst zum 1. April um 20 Prozent gemindert, dann später für die Jahre 1935 und 1936 auf 75, für die folgenden Jahre auf 50 Prozent, so daß sie am 1. April 1940 ganz verschwindet. Dieser Abbau wird zunächst dadurch hergestellt, daß die Hauszinssteuer nach bestimmten Sätzen sofort abgelöst werden kann.

### Die Mietensenkung

Gibt sich aus der Herabsetzung der Hypothekenzinsen, und zwar für Alt- und Neubauwohnungen. Wo die Zwangsversteigerung nicht mehr besteht, ist die Möglichkeit der zinsmäßigen Kündigung vorgegeben, und zwar zum 1. April, es gilt auch für gewerbliche Räume.

### Keine Verschleuderung bei Zwangsversteigerungen.

Durch Schutzvorschriften zugunsten der Landwirtschaft und des Hausbesitzes kann bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken im Falle einer Verschleuderung der Zuschlag verweigert werden.

Unter den sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen sind steuerliche Erleichterungen für die Aufstellung von Gesellschaften vorgesehen, um die Rückentwicklung zu fördern. Die Einführung eines Vierpennigstückes soll den Export weiter fördern.

### Die Löhne und Gehälter.

Der zweite Teil der Notverordnung behandelt in erster Linie die Frage der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten.



Preis-Kommissar Goerdeler-Leipzig.

Oberbürgermeister Goerdeler (Leipzig) wird von der Reichsregierung durch die neue Notverordnung zum Preis-Kommissar ernannt. Die Aufgabe des neuen Preis-Kommissars soll darin liegen, in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium und dem Ernährungsministerium auf eine Herabsetzung sowohl der Lebensmittel, wie der Industriepreise hinzuwirken.

Es ist vorgesehen, daß alle Tarifverträge am Tage des Inkrafttretens der Notverordnung gekündigt werden mit der Maßgabe, daß die Lohn- und Gehaltsätze auf den Stand vom 10. Januar 1927 heruntergesetzt werden. Die Löhne und Gehälter in Reich, Ländern und Gemeinden sollen bei den Beamten um neun Prozent und bei den Arbeitern um zehn Prozent gekürzt werden.

Die neunprozentige Kürzung der Beamtengehälter wirkt sich praktisch ebenso aus wie die zehnprozentige Kürzung der Arbeiterlöhne, da als Grundlage für die Kürzung bei den Beamten das ursprüngliche Grundgehalt genommen wird, während bei den Arbeitern vom gegenwärtigen Lohnstand ausgegangen wird. Die Beamtengehälterkürzung tritt am 1. Januar 1932 in Kraft.

Ein weiteres Kapitel der Notverordnung enthält Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltes. In diesem ist in der Hauptsache eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf zwei Prozent und die Erhebung einer Ausgleichsteuer für die Einfuhrwaren vorgesehen.

### Eine Reichsfluchtsteuer.

Ausführlich beschäftigt sich der zweite Teil der Notverordnung noch einmal mit den Problemen der Kapitalflucht. Wenn auch nach Auffassung der zuständigen Stellen die Steueramnestie-Verordnungen zweifellos erfolgreich gewesen sind und zu einigermaßen geordneten Verhältnissen geführt haben, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß immer noch eine Anzahl besonders leistungsfähiger Steuerzahler ins Ausland gegangen ist.

Um gegen derartige böswillige Kapitalflucht mit den schärfsten Mitteln vorzugehen, ist in der Notverordnung eine sogenannte „Reichsfluchtsteuer“ vorgesehen. Von dieser Steuer werden alle diejenigen betroffen, die in der Zeit vom 31. März 1931 bis 31. März 1933 über 200 000 Mark Vermögen ins Ausland bringen. Die Steuer wird in Höhe von einem Viertel ihres in Deutschland befindlichen Vermögens erhoben.

Für den Fall, daß die betreffenden Kapitalflüchtlinge auch dann noch versuchen, die Steuer zu hinterziehen, wird ein Steuersteckbrief erlassen werden. Bei sofortiger Verhaftung und Aburteilung sind dann Gefängnisstrafen vorgesehen.

Weitere Abschnitte der Notverordnung beschäftigen sich dann mit der Frage der Börsenumsatzsteuer. Rünf-

tig müssen auch diejenigen Firmen Börsenumsatzsteuer zahlen, die ihre Börsengeschäfte innerhalb der eigenen Firma machen und bisher von der Börsenumsatzsteuer befreit waren.

In der Frage der Realsteuern werden die Länder ermächtigt, im Bedarfsfalle einzelnen Gemeinden eine Erhöhung der Realsteuern zu gestatten.

Man ist an amtlicher Stelle der Auffassung, daß die in der Notverordnung enthaltenen Preislenkungs- und Zinssenkungsmaßnahmen insgesamt einen gewichtigen Ausgleich für die beabsichtigte Lohn- und Gehaltslenkung bieten. Besonders ins Gewicht fällt dabei zweifellos die Senkung der Mieten, aber auch die Senkung der Frachten, für die 300 Millionen vorgegeben sind, sowie die Zinssenkung und die Senkung der gebundenen Preise bedeuten eine starke Erleichterung für den Verbraucher.

### Schutz des inneren Friedens.

Der letzte Teil der Notverordnung bringt Maßnahmen zum Schutze des inneren Friedens.

Neben Richtlinien gegen den Mißbrauch der Waffen enthält dieser letzte Teil als zweifellos einschneidendste Maßnahme ein allgemeines Uniformverbot für sämtliche Verbände. Jedes Tragen von irgendwelchen Uniformen ist den Angehörigen politischer Verbände außerhalb der eigenen Wohnung verboten.

Weiter ist eine erhebliche Verstärkung des Ehrenschutzes vorgeesehen. Verleumdungen gegen Personen im öffentlichen Leben werden in Zukunft mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Außerdem sind bis zum 3. Januar zur Sicherung des Weihnachtsfriedens alle Versammlungen sowie alle Aufzüge unter freiem Himmel verboten.

In Zusammenhang mit diesen Notverordnungen wird die Frage einer Abtragung der privaten deutschen Schulden, die zum Wiederaufbau der Wirtschaft und teilweise in Ueberschätzung ihrer Entwicklungs- und Ertragsmöglichkeiten kontrahiert worden sind, von entscheidender Bedeutung. Die Möglichkeit, dieser Aufgabe gerecht zu werden, beruht auf der Gestaltung der deutschen Ausfuhr, gegen die in jüngster Zeit an immer zahlreichen Stellen des Auslandes Hindernisse aufgerichtet worden sind. Es ist deshalb darauf hinzuweisen, daß die Verweigerung einer Abnahme deutscher Güter der Verweigerung einer Zahlungssannahme gleichkommt und nicht etwa eine mangelnde Zahlungsbereitschaft Deutschlands bedeutet.

### Brünning zur Notverordnung.

Berlin, 9. Dezember.

In einer Pressebesprechung zur Notverordnung, die am Dienstagabend in der Reichskanzlei stattfand, nahm auch Reichskanzler Dr. Brüning das Wort. Er erklärte u. a.:

Es ist mir persönlich von Seiten der Presse in letzter Zeit der Vorwurf zu großer Zurückhaltung und zu großen Schweigens gemacht worden. Wenn das ein Hindernis für eine gegenseitige Verständigung sein sollte, dann bin ich bereit, die Schuld auf mich allein zu nehmen.

Die ganze Notverordnung ist ein absolut ineinander hängendes Ganzes, aus dem kein Teil herausgenommen werden kann. Das eine bedingt das andere. Das kann gar nicht anders sein, weil wir in diesem Augenblick, der uns auch weltmäßig der geeignete dafür zu sein scheint, den Schlüsselstrich ziehen müssen in einer uns aufgezwungenen und nicht gewollten Deflationspolitik. Dazu gehörte das Senken der Mieten, der Zinsen, der Preise, der Gehälter und der Löhne.

Wir haben uns in angestrengtester Arbeit seit langer Zeit im Stillen mit diesen Fragen beschäftigt und auch im Wirtschaftsbeirat sind sie eingehend behandelt worden. Einen anderen Ausweg, diesen Schlüsselstrich zu ziehen, die Zahlungssicherheit im Lande aufrecht zu erhalten, den Warenverkehr auf einer normalen Höhe zu halten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, statt sie ins Ungemessene steigen zu lassen, gibt es unserer festen Ueberzeugung nach nicht.

Das Entscheidende ist, daß wir die Staats- und Rassen-sicherheit mit diesen Maßnahmen unter allen Umständen geschaffen haben.

Dah ist um so wichtiger und von der allergrößten Tragweite, als es in dem Augenblick erfolgt, in dem wir in die entscheidendsten und schwersten außenpolitischen Verhandlungen hineingehen. Wir haben früher einmal Verhandlungen geführt, bei denen wir keine Rückenbedeckung nach der finanziellen Seite hin in der Heimat hatten. Ich mit meinen Kollegen glaubte, in dieser entscheidenden geschichtlichen Stunde, trotz aller harten Maßnahmen, nicht die Verantwortung für diese außenpolitischen Verhandlungen auf mich nehmen zu können, bevor Rasse und Etat in Reich, Ländern und Gemeinden für die nächsten Monate der Verhandlungen absolut gesichert sind. Das schafft uns außerdem ein ganz anderes Sprungbrett für diese Verhandlungen.

Es ist jetzt der Augenblick gekommen, wo durch intensives Durchleuchten unseres Haushalts es dem Ausland nicht mehr möglich macht, Kritik an unserer öffentlichen Finanzverwaltung zu üben. Wir haben den Reichshaushalt auf ein solches Minimum komprimiert, daß er, wenn man die Einnahmen für die Kriegsschädigten abzieht, den Vergleich mit den niedrigen Ausgaben der Vorkriegszeit außerordentlich gut ausfallen kann.

Mögen Sie zu diesem Programm stehen wie Sie wollen und auch Kritik an den Einzelheiten üben: Ich bitte Sie nur um eines: Denken Sie daran, daß dieses Programm der Aufmarsch für die internationalen Verhandlungen ist und seien Sie sich bei aller Kritik auch Ihrer Verantwortung in dieser schweren Stunde Deutschlands bewußt!

## „Weiter gegangen als Mussolini“.

Stegerwald zur neuen Notverordnung.

Münster i. W., 9. Dezember.

Auf einer großen Zentrumsversammlung erläuterte Reichsarbeitsminister Stegerwald Wesen und Ziele der neuen Notverordnung. Er erklärte dabei u. a.:

Herr Reichskanzler Dr. Brüning und ich haben mehrfach erklärt, daß wir jedes Programm ablehnen würden, das nur den Arbeitern, Angestellten und Beamten Opfer auferlegen würde. Dieses Versprechen haben wir gehalten.

Es ist durch die Reichsregierung nicht nur ein Eingriff in das Lohn-, sondern auch in das Preisgebäude erfolgt, und zwar in einem Ausmaß, wie das die Geschichte seines anderen modernen Großstaates kennt. Die Reichsregierung ist in vielfacher Hinsicht weitergegangen als vor Jahren Mussolini in Italien.

In den nächsten Jahren liege eine schwere Zeit vor uns. Öffentliche Luxusbauten würden nicht mehr entstehen, der Pfennig werde wieder zur Geltung kommen. Dank der Anlagen und der bestehenden technischen und natürlichen Kräfte Deutschlands sei jedoch, wenn die Europakonferenz nicht total verfolge, anzunehmen, daß in den nächsten Monaten die tiefste Talsohle der deutschen Krise erreicht werde. Dann können und werden wir, so schloß der Minister, auf steinigem Boden aufwärts steigen.

## Durchführungsverordnung zur Preissenkung.

Zugleich mit der neuen Notverordnung gibt die Reichsregierung Durchführungsbestimmungen heraus für die Preissenkung, während in der Notverordnung selber nur die allgemeinen Richtlinien für den Preissenkungskommissar niedergelegt sind. Ferner wird bekannt, daß die Reichsbahntarife in der Weise gesenkt werden, daß das Gesamtangebot der Reichsbahn um 300 Millionen im Jahr vermindert wird. Aus einer Senkung der Kohlenpreise erwartet man eine Verbilligung um 250 Millionen, aus einer Senkung der Eisenpreise eine Verbilligung um rund 150 Millionen.

Dazu folgen noch die Einzelbestimmungen für die Fleischverbilligung, die am 15. Dezember in Kraft treten. Gleichzeitig, aber unabhängig von der Notverordnung werden besondere Frachttarife für Gerste von Süddeutschland nach Norddeutschland eingeführt und besondere Bezugsscheine für Inlandsgerste.

Im Hinblick auf die Valutadumpfen im Ausland und das damit zusammenhängende Valutadumping werden auf Grund der bestehenden Zollermächtigung grundlegende neue Zollmaßnahmen zum Schutz der deutschen Wirtschaft für die nächste Zeit in Aussicht gestellt.

## Brüning im Rundfunk.

Dienstagabend sprach Reichskanzler Brüning über die neue Notverordnung. Die zu treffenden Maßnahmen, so führte er aus, seien bedingt durch die Lage der Weltwirtschaft und des Kapitalmarktes. — Nachdem der Kanzler darauf hingewiesen hatte, daß großzügige Lösungen gefunden werden müssen, erklärte er:

Ich richte noch einmal den dringendsten Appell an alle beteiligten Regierungen, dafür zu sorgen, daß die oft und von allen Seiten verstandenen Grundzüge verständnisvollen und solidarischen Zusammenwirkens sich jetzt endlich in letzter Stunde in die Tat umsetzen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich der Kanzler mit großer Schärfe gegen die Äußerungen Hitlers in den letzten Tagen.

## Parlamentsbeginn in Amerika.

Präsidentenwahl. — Donnerstag Abstimmung über Hoover-Festjahr.

Washington, 8. Dezember.

Das Parlament der Vereinigten Staaten, der Bundeskongress, wurde eröffnet. Das Abgeordnetenhaus (Repräsentantenhaus) hat den Führer der Opposition, Garner, (Texas) mit 218 gegen 207 Stimmen zum Präsidenten gewählt. In beiden Häusern sind Regierungspartei und Opposition insofern der seit November 1930 abgehaltenen Neuwahlen numerisch fast gleich stark. Im Senat sitzen 48 Republikaner, 47 Demokraten und 1 Farmer-Labour-Vertreter, im Repräsentantenhaus 219 Demokraten, 214 Republikaner und ebenfalls ein Farmer-Labour-Vertreter. Ein Mandat ist unbelegt. Praktisch hat die Regierung nicht alle diese republikanischen Stimmen zur Verfügung, da der sogenannte progressive Flügel in allen sozialen und vielen anderen Fragen mit der demokratischen Opposition stimmt. Die Tagungsdauer ist in das Ermessen der beiden Häuser

gestellt und angeht die zahlreichen dringenden Fragen regner man mit einer Vertagung nicht vor Juni 1932, mit Ausnahme der kurzen Weihnachtspause.

Über den Juni hinaus dürfte der Kongress nicht zusammenbleiben, da dann die Vorbereitung der Kampagne für die großen Wahlen im November 1932 beginnt, deren Ergebnis darüber entscheidet, ob ein Demokrat am 4. März 1933 in das Weiße Haus einzieht, oder ob Hoover Präsident für weitere vier Jahre bleibt.

Die Abstimmung über die Ratifizierung des Hoover'schen Schritts auf Einlegung eines Zahlungsfeijahres für die Reparationen findet am Donnerstag statt.

## Jahresbotschaft des Präsidenten Hoover.

In seiner Jahresbotschaft an den Bundeskongress erklärte Präsident Hoover, die Weltdepression habe auch Amerika schwer getroffen und jede Bemühung um die eigene Erholung gebiete auch eine Zusammenarbeit mit den anderen Nationen zur Wiederherstellung des Vertrauens und der wirtschaftlichen Stabilität.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland und in Mitteleuropa habe im Juni das Ausmaß einer allgemeinen Panik angenommen und es sei klar geworden, daß diese Nationen ohne auswärtige Hilfe zusammenbrechen würden. Die Furcht vor einem derartigen Zusammenbruch hatte sowohl unseren Wertpapiermarkt, als auch das Geschäft in landwirtschaftlichen Erzeugnissen erschüttert. Vor allem aber war es von größter Wichtigkeit, dabei mitzuhelfen, daß das deutsche Volk von der unmittelbar bevorstehenden Katastrophe bewahrt und Deutschlands Stabilität erhalten bliebe.

Zur Abrüstungsfrage führte Hoover aus: Wenn die Welt zu einer angemessenen Lebenshaltung zurückgelangen will, so muß sie sowohl die Flotten als auch die anderen Rüstungen weiterhin verringern. Eine allgemeine Revision des Jolltarifes lehnte Hoover ab, da dadurch die Depression nur verlängert werden würde.

## Über 14 Milliarden Mark ...

... hat Deutschland schon an Reparationen bezahlt — sagt ein Amerikaner.

Newport, 8. Dezember.

George B. Auld, der frühere Hauptrevisor der Reparationskommission, hielt am dem Jahresessen des Verbandes der öffentlichen Bücherrevisoren des Staates Newport eine Rede, in der er ausführte, die Reparationsfrage bilde nach wie vor einen gefährlichen, beunruhigenden Faktor in den internationalen Beziehungen und eine ständige Bedrohung der Weltstabilität, bis die Reparationen gestrichen oder wenigstens erheblich herabgesetzt seien. Die Reparationen hätten ausge-

Er habe errechnet, daß die deutschen Zahlungen seit dem Jahre 1919 dem Gegenwert einer Kapitalsumme von 3 Milliarden 400 Millionen Dollar plus 5 Prozent Zinsen entsprächen, während die Vereinigten Staaten von den Allierten nur einen Gegenwert von ungefähr 1800 Millionen Dollar erhalten hätten, davon 1300 von England. Es sei Zeit, seinen Tisch zu machen. In Deutschland wachse eine neue starke Generation heran, der die eiserne Notwendigkeit nichts bedeute, der ihre Väter im Versailler Spiegelsaal im Jahre 1919 gegenüber standen.

Es sei nicht länger praktisch und sicherlich nicht einträglich, zu verhindern, eine hochkolonialisierte, starke und sich selbst achtende Nation von 65 Millionen an fortgesetzte Kriegszahlungen zu binden. Es sei gefährlich für den Weltfrieden, die liberale deutsche Republik in dieser Weise in die Arme der nationalsozialistischen Reaktion zu treiben.

## Die Lage in Hessen.

Ein Nationalsozialist Landtagspräsident.

Darmstadt, 8. Dezember.

Der neue Landtag hielt am Dienstag seine konstituierende Sitzung ab. Bei der Wahl des Landtagspräsidenten erhielt der nationalsozialistische Dr. Werner die absolute Mehrheit. Er nahm die Wahl an und erklärte, er werde sich bemühen, seine Pflicht so sachlich und unparteiisch zu erfüllen, wie es sein Amt erfordere. Als Vertreter der „größten Partei Deutschlands und des Hauses“ werde er gemäß den Grundsätzen seiner Partei auf legalem Wege das tun, was in der Hand des Präsidenten gesetzgeberisch zu formen bleibe. Stellvertretender Präsident wurde der Zentrumsabgeordnete Wedler, zweiter stellvertretender Präsident der sozialdemokratische Abgeordnete Delp. Staatspräsident Avelung stellte die Aemter des Desamministeriums dem neugewählten Landtag zur Verfügung und erklärte, daß das Gesamtministerium bis zur Einsetzung einer neuen Regierung die Staatsgeschäfte fortführen werde. Zu der Sitzung waren alle gewählten Mitglieder erschienen, mit Ausnahme des durch die Bogenheimer Affäre bekanntgewordenen nationalsozialistischen Abg. Schäfer, der sich durch Krankheit entschuldigt hatte.

Auf Wunsch der Nationalsozialisten wurde die Sitzung hierauf unterbrochen. Nach Wiederaufnahme wurden die Ausschüsse nach den Vorschlägen des Ältestenrates gewählt.

Gegen allen parlamentarischen Brauch wurden kommunistische und nationalsozialistische Anträge auf Natural- und Barunterstützung für Erwerbslose sofort durchgeprochen. Hierbei kam es zu scharfen kommunistischen Angriffen gegen die Nationalsozialisten, die diese veranlaßten, einen Zentrumsvorschlagn anzunehmen, die Anträge in den Ausschuss zu verweisen. Hierauf wurde die Sitzung auf Freitag verlag.

Die Kommunisten erhoben gegen diese Vertagung Widerspruch, in den auch die Galerie einmündete. Die Kommunisten behaupteten, daß die Galeriebesucher größtenteils aus nationalsozialistischen Besuchern beständen. Vor dem Landtag hatten sich große Menschenmengen angesammelt, die aber auf gütliches Jureden der Polizei sich zerstreuten.

## Gibt Hitler nach Rom?

Wien, 8. Dezember.

Zu den Blättermeldungen über beabsichtigte Auslandsreisen Hitlers wird mitgeteilt, daß Hitler von der österreichischen Regierung die Genehmigung zur Durchreise durch Österreich nach Italien erhalten hat.

## Auslands-Rundschau.

Internationale Regelung der Arbeitszeit?

Die Kommission des internationalen Arbeitsamts für die Frage der Arbeitslosigkeit trat in Genf zusammen. Der Direktor des internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, legte einen Bericht vor, der den Beratungen der Kommission als Grundlage dienen soll. In dem Bericht wird ein Überblick über die in den verschiedenen Ländern seit einem Jahr unternommenen Arbeitszeitbeschränkungen zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegeben. Von den Arbeitnehmerdelegierten wurde die Ansicht vertreten, daß die Herabsetzung der öffentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden ein dringendes Gebot sei. Der deutsche Reichsdelegierte legte die in Deutschland ergriffenen gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen zur Herabsetzung der Arbeitszeit dar. Er sprach die Ansicht aus, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit international geregelt werden könne. Deutschland sei bereit, auf diesem Gebiete mit dem internationalen Arbeitsamt zusammenzuarbeiten.

Japan will eine neutrale Zone

Ein Mitglied der japanischen Delegation in Paris hat die japanische Einstellung zur Frage der Schaffung einer neutralen Zone, die man bei den Völkerverhandlungen beiseite tun wollte, dahin zusammengefaßt, daß die öffentliche Meinung Japans den Verzicht auf diesen Plan nicht zulassen könnte, und daß der Verzicht auf die Schaffung einer neutralen Zone in Japan eine starke Rückwirkung auslösen würde.

## Wallstreet zur NSDAP.

Wachsende Beruhigung in Newporter Finanzkreisen.

Newport, 8. Dezember.

„Newport Times“ schreiben in ihrem Leitartikel, die von Hitler Ende der vorigen Woche abgegebene Erklärung, daß die Nationalsozialistische Partei für Zahlung der Privatschulden sei, aber die Reparationen nicht anerkennen werde, sei in Newporter Finanzkreisen als bedeutungsvoll betrachtet worden. Die Erklärung werde die Newporter Finanzkreise von einem Teil ihrer Befürchtungen befreien. Hitlers Erklärung sei dazu bestimmt, eine eventuelle Erschütterung der ausländischen Finanzzentren bei einem etwa möglichen Kollapsstreik in naher Zukunft abzuwehren.

Obwohl man in Newporter Finanzkreisen in den letzten Wochen eine wachsende Nervosität wegen Deutschland bekundet, seien jetzt eng an Geschäften mit Deutschland beteiligte Wallstreet-Bankiers optimistischer eingestellt.

Nationalsozialisten in Italien.

Rom, 12. Dezember

Die Abgeordneten der deutschen nationalsozialistischen Partei Meiland und Strieder, die am Sonntag vor der deutschen Kolonie in Florenz einen Vortrag hielten, sind hier eingetroffen. Heute wird der Chef der nationalsozialistischen Auslandspropaganda, Meiland, im hiesigen Deutschen Hause sprechen. — Abg. Strieder ist Propagandachef in Italien.

## „Es lebe der Friede!“

Das Gegenstück zur Trocadero-Veranstaltung.

Paris, 8. Dezember.

Die rechtsstehenden Abgeordneten Laittinger, Dbarnegary sowie der Propagandist des „Echo de Paris“, de Kerillis, sollten in Bordeaux bei einer Veranstaltung der Jeunesses Patriotes das Wort ergreifen. Auf diese Rundgebung hatten die Vereinigung eheinalliger Frontkämpfer und mehrere sozialistische Verbände von Bordeaux und ihrer Umgebung durch Maueranschläge und Flugchriften aufmerksam gemacht und aufgefordert, sich zur Veranstaltung einzufinden, um „eine gebührende Antwort auf die kürzlichen Zwischenfälle im Pariser Trocaderoaal zu erteilen.“

Die Veranstaltung hatte bereits begonnen, als eine ziemlich große Zahl von Menschen vor der verschlossenen Tür Eingang verlangte. Als diesem Verlangen nicht Folge geleistet wurde, wurde die Saalfür gewaltsam erbrochen. Zwischen den Demonstranten und den im Saal Anwesenden entstand eine große Schlägerei, bei der Tisch- und Stuhlbeine als Waffe dienten. Mehrere Personen sind nicht unerheblich verletzt worden. Die Polizei griff schließlich ein und hob die Verammlung auf. Die Demonstranten zogen unter dem Gehörg der Internationale ab und Gruppen von Personen durchnogen die Straßen der Stadt unter dem Rufe „Es lebe der Friede!“

## Die Wahlen in Württemberg.

Nationalsozialistische Gewinne zwischen 10 und 14 Prozent.

Stuttgart, 8. Dezember.

Es liegen jetzt weitere Ergebnisse der württembergischen Gemeinderatswahlen vor. Der Gewinn der Nationalsozialisten schwankt zwischen 10 und 14 Prozent, der der Kommunisten zwischen 3 und 7 Prozent der zu verteilenden Mandate. Auffallend sind die Verluste des Zentrums in Ravensburg und Friedrichshafen, die bisher zu den stärksten Stützen des Zentrums zählten. Hier büßte das Zentrum je zwei Mandate ein. Die Wahlbeteiligung betrug über 74 bis 76 Prozent.

Es erhielten Mandate: Ravensburg: Sozialdemokraten 1 bisher (1), Nationalsozialisten 2 (0), Nationale Wählervereinigung 2 (2), Zentrum 4 (6), Kommunisten 1 (0), Handels-, Gewerbe- und Bürgerverein 2 (3). — Friedrichshafen: Sozialdemokraten 3 (4), Zentrum 8 (10), Demokraten 3 (3), Kommunisten 1 (1), Freie Wählervereinigung 2 (2), Deutsche Volkspartei und Deutschnationale 1 (1), Nationalsozialisten 2 (0). — Tübingen: Sozialdemokraten 3 (4), Kommunisten 1 (0), Christl.-Soz. Volksdienst 2 (1), Volkspartei 3 (4), Deutschnationale 6 (7), Nationalsozialisten 4 (0), Zentrum 3 (3), Demokraten 6 (9). — Reutlingen: Sozialdemokraten 4 (6), Christl.-Soz. Volksdienst 1 (0), Zentrum 1 (1), Haus- und Grundbesitz 4 (0), Demokraten 1 (5), Volkspartei 0 (2), Kommunisten 1 (0), Ueberpartei. Wählervereinigung 1 (0), Bürgerpartei 0 (1), Nationalsozialisten 2 (0). — Heilbronn: Nationalsozialisten 3 (0), Deutschnationale 1 (2), Christl.-Soz. Volksdienst 1 (0), Zentrum 1 (1), Demokraten 3 (5), Sozialdemokraten 5 (6), Kommunisten 1 (1).

# Aus Bad Homburg und Umgebung

## Ueber das Wesen der Kleinstadtpresse.

Von Animus, Bad Homburg.

Die Zeitungen der Großstädte, größtenteils Sprachorgane dieser oder jener politischen Partei, finden bereits durch ihre tendenziöse Stellungnahme zu den politischen, kulturellen und sonstigen Problemen des Tages die Beachtung der Öffentlichkeit. Die Abonnenten dieser Blätter sehen sich in der Mehrzahl aus Leuten zusammen, die in erster Linie in ihrer Zeitung die Vertreterin einer Weltanschauung sehen. Selbstverständlich verfügen diese Großstadtblätter auch über einen gut gepflegten lokalen Teil, der die Leser über alle Ereignisse, die nur innerhalb des betreffenden Stadtgebiets von Interesse sind, auf dem Laufenden hält. Für die Leser der umliegenden kleinen Ortschaften hat man dann — um ihnen ebenfalls Berichte aus ihrer Gemeinde zu bieten — sogenannte Provinzspalten eingerichtet, die den Namen „Aus der Provinz“ oder „Aus dem Land“ und ähnliche führen. Aber diese Provinzspalten können meist in keiner Weise befriedigen, zumal die in solchen Rubriken gebrachten Meldungen häufig zu knapp gefaßt sind und nicht selten auch der Aktualität entbehren. Es muß sich schon um Ereignisse ganz besonderer Art handeln, wenn die führenden Organe der Großstadt einmal in aller Ausführlichkeit über Vorkommnisse in der Provinzstadt oder einem Dorfe berichten.

Diese Tatsache nun gibt nach meiner Ansicht dem Kleinstadtblatt die Existenzberechtigung. Von dem kleinen Provinzblatt erwartet sein Leser in erster Linie einen besten redigierten lokalen Teil, in dem alle örtlichen Ereignisse des Tages ausführlich gewürdigt werden. Selbstverständlich berichtet das Lokalblatt auch über die politischen und sonstigen Geschehnisse der übrigen Welt. Aber hiermit allein kann es — eben im Gegensatz zur Großstadtzeitung — seine Leser nicht bei der Stange halten, sch. deshalb nicht, weil die Zusammenfassung aus Leuten aller Parteilichkeiten eine neutrale, politische Berichterstattung notwendig macht. Also ist die Hauptkraft dem Lokalen zu widmen.

Aber trotz dieses territorial eng begrenzten Tätigkeitsfeldes ist der dem Kleinstadtblatt zugefallene Aufgabenkreis ganz bedeutend. In den meisten Fällen ist es doch so, daß der Schriftleiter eines Kleinstadtblattes alle Sparten der Redaktion bearbeiten muß, während die großen Blätter über einen Redaktionsstab verfügen, unter dem die einzelnen Ressorts ressortmäßig verteilt werden. Sind nun zwei Zeitungen am Platz — diese Fälle hat man ja sehr oft — so erlebt man manchmal einen recht eigenartigen Konkurrenzkampf, über den nicht nur der Laie, sondern oftmals auch der Fachmann von der großen Zeitung staunen muß. An sich belanglose Berichte werden zu einer wichtigen Angelegenheit, ja die Redakteure der beiden Konkurrenzblätter veranstalten ein wahres Wettrennen um Meldungen über Kleinigkeiten. Man wird verstehen, daß die kleinen Lokalblätter infolge einer erzwungenen politischen Neutralität wenigstens in ihrem Spezialgebiet „Lokalberichterstattung“ alles unternehmen, um in der Öffentlichkeit zu glänzen. Es versteht sich von selbst, daß diese Tendenzlosigkeit keine kritische Hinnahme der Vorgänge innerhalb des Ortes bedingt.

Was das Niveau einer Kleinstadtpresse besonders heben kann, das ist die Strömung eines Mitarbeiters, der, zusammengesetzt aus allen Bevölkerungsschichten und Berufsständen. Auch für die Benutzung des „Eingekamts“ muß gesorgt werden. Schließlich noch einige Worte über die Quantität der Berichte. Der Schriftleiter der kleinen Zeitung muß im wahren Sinne des Wortes das richtige Maß für seine Berichterstattung über Vereins-, aber noch mehr über parteipolitische Veranstaltungen finden. Gerade bei letztgenannten ist alles zu vermeiden, was geeignet ist, den politischen Frieden zu stören. Eine große Zeitung würde auch gegebenenfalls allzu langatmig geschriebene Berichte nicht aufnehmen. Bei der kleinen Zeitung kann man sich aber gerade durch die Länge eines Berichts bei den Organisationen, Parteien usw. Freunde verschaffen. Nirgends mehr als gerade in der Kleinstadt ist es ein Bedürfnis, daß alle Vorgänge und Vorkommnisse in der Ortschaft sachgemäß behandelt werden. Der Redakteur hat hier eine nicht zu unterschätzende Arbeit zu bewältigen, will er eine jede Ausgabe der Zeitung so gestalten, daß seine Leser mit dem vorgelegten Stoff stets zufriedengestellt sind.

Aus den gemachten Ausführungen wird man vor allem den Schluß ziehen müssen, daß die Existenz der Kleinstadtblätter, die allzu oft auch in Fachkreisen etwas stiefmütterlich behandelt werden, vollauf berechtigt ist. Die Kleinstadtpresse fördert die Liebe zur Heimat, sie ist ein lebensberechtigter Kulturzweig im deutschen Blätterwald.

## Die politische und wirtschaftspolitische Lage.

Eine Rede Dr. Grah, eines Vertrauten des Reichskanzlers, in einer Zentrumsversammlung.

Innerhalb kurzer Zeitspanne hatte die Ortsgruppe Bad Homburg der Zentrumsparlei ihre Mitglieder, Freunde und Gönner abermals zu einem politischen Abend eingeladen. Für die gelistete Veranstaltung im „Saalbau“, die bei sehr gutem Besuche stattfinden konnte, war der bekannte Landtagsabgeordnete Dr. Grah gewonnen worden, der nach kurzen Begrüßungsworten des Versammlungsleiters, Herrn Ammann Löhr, zu seinem Thema „Die politische und wirtschaftspolitische Lage“ Stellung nahm.

Eingangs wies der Referent darauf hin, daß der Reichskanzler zu gleichen Stunde im Rundfunk über die neue Notverordnung sich auslassen werde und diese Rede wohl eine seiner bedeutungsvollsten sei. Sei dieser Notverordnung Erfolg beschieden, dann könne man erwarten, daß uns die nächste Zeit politische und wirtschaftliche Erschütterungen erspare; sollte aber das Werk der Reichsregierung zum Mißerfolg führen, dann seien die Konsequenzen allerdings nicht abzusehen.

### Innenpolitisch

sei zunächst das große Sterben der Mitte festzustellen. Eine neue Entwicklung der politischen Kräfte habe zur Bildung klarer Fronten geführt, so daß man demnächst nur noch mit vier Gruppen zu rechnen brauche: „Rechts“,

### Der Weihnachtsverkehr bei der Post.

Die Reichspost bittet mit der Versendung der Weihnachtspakete möglichst frühzeitig zu beginnen, sonst stauen sich die Pakete in den letzten Tagen vor dem Fest und gelangen mit Verzögerung in die Hände der Empfänger. Ferner wird gebeten, für die Pakete recht dauerhafte Verpackungstoffe zu verwenden, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Namen des Bestimmungsortes soweit notwendig unter näherer Bezeichnung seiner Lage, besonders groß und kräftig niederzuschreiben. Auf dem Paket ist die vollständige Anschrift des Abenders anzugeben und in das Paket obenauf ein Doppel der Aufschrift zu legen. Ebenso müssen die Päckchen haltbar verpackt und gut verschürt werden, etwaige Hohlräume sind mit Holzwole oder anderem Füllstoff auszufüllen, damit die Sendungen bei der Beförderung in Säcken und beim Stapeln nicht eingebrückt werden können. Sie müssen deutlich als „Briefpäckchen“ oder „Päckchen“ bezeichnet sein.

Am Donnerstag, den 24. Dezember, wird bei den Postanstalten wie in den Vorjahren der Dienst im Verkehr mit dem Publikum eingeschränkt. U. a. werden die Postämter im allgemeinen nur bis 18 Uhr offengehalten werden. Im Telegramm- und Fernsprechsprechdienst treten keine Einschränkungen ein.

Auch der Verkehr am Jahreswechsel widelt sich glatter ab, wenn die Neujahrsbriefsendungen möglichst frühzeitig ausgeliefert und mit genauer Anschrift des Empfängers Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stadtteil, Postbezirk und Zustellungsstellenangabe versehen werden. Durch die Angabe der Zustellungsstellenangabe auf den Briefsendungen nach Berlin und anderen Großstädten wird deren Ueberkunft wesentlich beschleunigt. Es wird auch dringend empfohlen, die Freimarken für Neujahrsbriefe nicht erst am 30. und 31. Dezember, sondern früher einzukaufen, damit im Schalterverkehr keine Störungen eintreten.

**Kurhaus.** Das 3. Zykluskonzert, ein. Niederabend des bekannten Baritons Johannes Willy, findet am Mittwoch dem 16. Dezember, abends 8.15 Uhr, im Konzertsaal statt. Am Flügel: Paul Meyer. Eintrittskarten zu 3, 2 und 1 Rmk. sind noch im Kurhaus zu haben.

**Im Lokal „Zur Neuen Brücke“.** Bessher Georg Kappus, findet heute ein Schlachtfest statt. Bei bekannt guter Bewirtung gibt es Frischgeschmackles in besser Zubereitung.

**Ellenbühnenverein.** Am vergangenen Montag hielt der Ellenbühnenverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der die Berufsarbeiterin der ev. Frauenhilfe in Nassau, Gräulein Böger, einen fesselnden Vortrag hielt über die grundsätzliche Arbeit innerhalb der Frauenhilfe. Aus brennendem Herzen kamen ihre Worte, die in dem Ruf gipfelten, die Not der Zeit zu bejahen, damit aus dieser Not heraus dann eine wirkliche Frauenhilfe wachse, die sich verantwortlich weiß gegenüber der Familie und dem Volk. Sie gab eine sehr feine Skizze der Golllosenbewegung und der damit für die Frauenhilfe verbundenen Aufgaben. — Anschließend wurde als Vorsitzende des Vereins Frau Thieleke und als deren Stellvertreterin Frau Eberlein gewählt.

**Feststellung der Personalien durch die Polizei.** In der Nähe eines Berliner Bahnhofs war ein Passant an den Polizeiwachmeister R. mit dem Ersuchen herangetreten, die Personalien eines anderen Passanten festzustellen, weil er von diesem geschlagen worden sei und gegen ihn Strafantrag wegen tätlicher Beleidigung stellen wolle. Der Beamte ersuchte daraufhin den Bezeichneten, seine Personalien anzugeben. Dieser weigerte sich zunächst, da es sich um eine Privatangelegenheit handle, gab dann aber seine Personalien an. Ueber die Amtshandlung des Polizeibeamten führte der Festgestellte Beschwerde. Die Beschwerde wurde als unbegründet abgewiesen. Gegen diesen Bescheid richtete sich eine Klage, die das Preussische Obergericht als unbegründet zurückwies. Forbert ein polizeilicher Vollzugsbeamter einen Passanten, der von einem anderen eines Antragsbetrugs beschuldigt wird, auf seinen Namen zu nennen, so ist hierin eine kriminalpolizeiliche Ermittlungsmahnahme dann nicht zu erblicken, wenn die Aufforderung lediglich bezweckt, dem Verletzten die Stellung des Strafantrages zu ermöglichen. Jedermann ist verpflichtet, der Polizei aus gegebenem Anlaß die zu seiner Identifizierung erforderlichen Angaben zu machen.

„Mitte“, „Kulbinks“ und „Ganzlinks“. Die Zeit einer berufsständigen Parteigliederung sei vorüber; diese Tatsache ergebe sich ja aus dem Niedergang der Wirtschaftspartei und der vollständigen Aufreißung der Bauernparlei bei den letzten Neuwahlen. Auf Grund ihrer Schicksalsstellung hätten solche Parteien für die Regierungen nur hemmend gewirkt. Da heute in der Mitte außer dem Zentrum nichts mehr stehe, werde es gerade von dieser Partei oftmals abhängen, wie in Zukunft die Dinge laufen sollen. Der politische Kräfteumschwung der letzten Monate habe weiterhin das Anschwellen des Rechts- und Linksradikalismus mit sich gebracht. Von letzterem wisse man, was er wolle; das Programm des Marxismus liege klar. Anders mit der Harzburger Front, die sich in zwei Hauptgruppen teile, von denen die eine der anderen die Führung streitig mache. Es sei in den letzten Tagen nicht verstanden worden, daß man eine „Nebenregierung“ (—) gestalte. Aber es sei doch besser, keinem zuviel das Reden zu verbieten. Denn bei jeder Aueßerung müsse der Betreffende der Realität mehr Rechnung tragen; ganz besonders treffe dies auf außenpolitischem Gebiete zu. Das Zentrum werde sich nach wie vor weigern, mit jemanden zu regieren, dessen Programme fast unrealisierbar seien sollten. Man lasse

sich auf keine Experimente ein. „Unlen“ werde gegen das Zentrum noch mit den gewöhnlichsten Mitteln gekämpft aber „oben“ seien die radikalen Führer schon vernünftiger und vorsichtiger mit ihren Aueßerungen geworden. Mit der alleinigen Macht, zu den Nationalsozialisten gesprochen, gehe es nicht so schnell.

### Außenpolitisch

habe vor zwei Jahren niemand die heute eingetretene Situation für möglich gehalten. Wie eine Sensation gewissermaßen habe der Sturz der englischen Währung, die früher die ganze Welt für die sicherste hielt, gewirkt. Das englische Pfund rutschte trotz Regierungswchsel weiter, woraus ersichtlich werde, daß nicht vom System eine Währungsentwicklung abhängig sei. In Europa herrsche heute teils Inflation, teils Deflation. Das Problem der Deflation, das für Deutschland in Frage komme, sei nicht auf erstem Anblick zu lösen. Frankreich habe durch seine Aktion gegen das Pfund England unter Druck setzen wollen, was ihm auch teilweise gelungen sei. Aber die Franzosen seien mit ihren Maßnahmen selbst in Verlegenheit gekommen. Heute schon berichteten die Zeitungen von Kursen auf französische Sparkassen. Jedenfalls werde die Reichsmark unter allen Umständen von der Reichsregierung den nötigen Schutz erhalten. Aus den Vorgängen währungspolitischen Art könne man resultieren, daß man heute Kriege bezw. politische Aktionen sehr gut mit Geld und ohne Waffen führen könne. Das Reparationsproblem müsse jetzt endlich seine definitive Lösung erfahren. Gerade der jetzige Augenblick, die Basler Verhandlungen, müßten in der Tributfrage Klarheit schaffen. Man werde evtl. auch einmal nein sagen. Was dann allerdings komme, wisse man nicht. Die derzeitige Reichsregierung werde nichts zugeben, was praktisch unerfüllbar erscheine. — Weil die Regierung keine Inflation wolle, deshalb sei sie auch gegen jedes Experiment auf dem Gebiete der Währung. Die falsche Prognose der Wirtschaft, die zur Zerschlagung des Kapitals führte, wirke sich heute in Schulden aus.

Herr Brüning gehe zur Sanierung der Wirtschaft den Schrumpungsprozess, der wohl Verkleinerung des Arbeitsvolumens, Arbeitslosigkeit und sonstige ungünstigen Wirtschaftsercheinungen bringe, der aber dazu führe, daß alle bisher gemachten Fehlaktionen (Löhnen, Kassenellenbogen etc.) aus der Wirtschaft ausgemerzt würden. Der Schrumpungsprozess bringe eine bessere Kontrolle. Die Skandale der letzten 12 Jahre, die durch Unruhen und andere Verhältnisse möglich waren, solle man jetzt als erledigt betrachten. Unser aller Fehler war eben, daß wir nach dem Kriege glaubten, wir könnten in 10 Jahre das Versäumte nachholen. Auf dem Schul- und sozialpolitischen Gebiet seien Dinge zugegeben worden, die sich später als untragbar herausstellten. Es sei notwendig, daß wir alle auf die Lebenshaltung vor 30 Jahren zurückkehren. Man wende sich, wie die Notverordnung ja zeigen werde, gegen Zusammenballungen von Trübs. Der Redner streifte im weiteren Verlauf einzelne Bestimmungen der neuen Notverordnung — siehe erste Seite der heutigen Ausgabe — und erklärte schließlich, daß der Schrumpungsprozess die kleinen und mittleren Betriebe wieder lebensfähig machen wolle. Falls dem Reichskanzler das außenpolitische Problem gelinge, dann werde es vielleicht auch zu einer langfristigen Anleihe kommen. Wenn von nun an die innenpolitische Ruhe gesichert sei, es zu keinen politischen Explosionen komme und das internationale Arrangement zur Durchführung gelangen könne, dann werde 1932 eine Besserung unserer Verhältnisse bringen. Nur durch eine organische Entwicklung könne es zum wirtschaftlichen Gesundungsprozess kommen. Die Zentrumsparlei als Mitte werde in diesem Sinne den vom Kanzler gezeigten Weg gehen. Pflicht aller Verantwortungsbewußten sei es, am Aufbauwerk mitzuarbeiten, damit das deutsche Volk auch die schwerste Zeit, die Jahreswende 1931/32, überstehe.

### In der Diskussion

wurde eine Anfrage, warum man die großen Gehälter immer noch nicht abgebaut habe, vom Referenten dahingehend beantwortet, daß wohl die Gehälter der höchsten Beamten fast bis zu 40 Prozent reduziert worden seien, und diese Ersparnisse im übrigen nicht so sehr ins Gewicht fallen, wie allgemein angenommen wird. (Anmerkung der Redaktion: Beim Saal mag das zutreffen, aber nicht in der Privatindustrie. Generaldirektor Cuno von der Sapag soll z. B. ein Jahresgehalt von 600000 Rmk. beziehen.) Herr Stadtschreiber Gllles wandte sich in interessanten Darlegungen gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent.

Mit einem Hoch auf den Reichskanzler Dr. Brüning und die Zentrumsparlei nahm die Versammlung ihren Abschluß.

**Brieflauben sehen dich an.** Der Brieflaubenliebhaberverein „Selmaliebe“ veranstaltet Sonntag, den 13. Dezember 1931, seine diesjährige Schlagaussstellung. Näheres siehe Anzeige.

**Selipa.** Programm ab heute bis einschließlich Sonntag: „Der Fall des Generalslaborsers Redl“, ein Spionage- und Kriminalfall.

## Gebt für die Winterhilfe!

Verantw. für den redaktionellen Teil: E. Herz, Bad Homburg  
Für den Anfertenteil: Fritz W. A. Krägenbriest, Bad Homburg  
Drucker und Verleger: Otto Waagenbreth & Co., Bad Homburg

## Deutsche Tageschau.

Für 100 Millionen neue Zehnmarkstücke.

Der Reichsrat, der am Donnerstag nachmittag wieder zu einer Vollversammlung zusammentritt, wird sich mit einer Vorlage zu beschäftigen haben, wonach der Umlauf von Silbermünzen um 100 Millionen Mark, und zwar in der Form von Silbermünzen erhöht werden soll. Ferner wird der Reichsrat eine Verordnung beraten, durch die die neue steuerfreie Reichsbahnanleihe für mündelhaft erklärt werden soll. Auf der Tagesordnung steht auch eine Verordnung über die Verlegung der Einheitswerte für die Gewerbesteuer der Länder und Gemeinden für 1931 und eine Reihe von Einbürgerungsanträgen.

### Zusatzvereinbarung zum deutsch-österreichischen Handelsvertrag.

In Wien ist eine Zusatzvereinbarung zum deutsch-österreichischen Handelsvertrag vom 12. April 1930 unterzeichnet worden, in der die österreichische Regierung einer Herabsetzung des den österreichischen Grenzgewerken zur Einfuhr nach Deutschland eingeräumten zollermäßigten Schnittholztariffes von 250 000 Doppelzentnern auf 80 000 Doppelzentner zustimmt. Demgegenüber erklärt sich die deutsche Regierung mit einer Erhöhung des österreichischen Bleistiftzollfahres von 80 auf 110 Kronen einverstanden.

### Die deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen.

Infolge der Schwierigkeiten, denen die Inkraftsetzung des am 27. Juni 1931 unterzeichneten deutsch-rumänischen Handelsvertrages begegnete, sind die Delegationen beider Länder in Budapest zusammengetreten, um die Lage zu prüfen. Am Schluss der Beratungen wurde ein Komunique veröffentlicht, wonach beide Delegationen bestimmt hoffen, daß der Handelsvertrag im Februar 1932 in Kraft gesetzt werden kann. Sie haben praktische Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Zieles in Aussicht genommen und vereinbart, daß bis zur Inkraftsetzung des Handelsvertrages das gegenwärtig geltende Abkommen ergänzt werden soll, um den Handelsaustausch beider Länder reger zu gestalten.

**Schwerer Raub.** Der Reichsverein ehemaliger Kriegsfangener hielt in Rothenburg o. T. eine Versammlung ab, in deren Verlauf auch die für die Weihnachtsfeier gesammelten Spargelbeträge ausgezahlt werden sollten. Als der Kassierer Georg Jakob auffallend lange auf sich warten ließ, forschte man nach seinem Verbleib und fand ihn schließlich auf einem Feldbahngleis in seinem Blute liegend bewußtlos auf. Die Täter — es handelt sich um mehrere Personen — haben Jakob anscheinend aufgelauert und ihn durch einen wuchtigen Schlag auf den Kopf sowie 13 Messerstiche in die Brust, Arm, Kopf und Bein schwer verletzt. Dann raubten sie die Aktentasche mit 800 Mark Inhalt. Bisher hat man noch keine Spur von den Tätern.

**Kriegsinvalide gewinnt nach 15 Jahren die Sprache wieder.** Ein Düsseldorf'scher Kriegsinvalide, der im Kriege verschüttet wurde und dabei seine Sprache verloren hatte, ist jetzt nach 15 Jahren von seiner Stummheit erlöst worden. Im Kreise seiner Familie war eine heftige Debatte entstanden, die den Mann derart erregte, daß er plötzlich wieder zu sprechen begann.

**Ins Gefängnis eingeliefert.** Aufgrund des am 21. November erlassenen Haftbefehls ist jetzt der Bankier Max Marcus in Berlin in das Krankenhaus des Untersuchungsgefängnisses Alt-Moabit eingeliefert worden, nachdem er von dem Gerichtsschatzmeister auf Grund einer eingehenden Untersuchung für haft- und transportfähig erkannt worden war.

**Urteil im Neumünsterer Kommunistenprozeß.** In dem in Neumünster (Holstein) seit einer Woche gegen 21 Kommunisten, die an schweren Zusammenstößen am 11. November beteiligt waren, geführten Prozeß fällt das Gericht folgendes Urteil: Der Hauptangeklagte Timm wird wegen Landesfriedensbruches zu zweieinhalb Jahren Gefängnis, Winkler zu einem Jahr Gefängnis, Rahlfs und Rößert zu je sieben Monaten Gefängnis, die übrigen 17 Angeklagten zu Gefängnisstrafen von vier bis sechs Monaten verurteilt.

**Unterschlagung.** Die beiden Königsberger Filialleiter der Bank der Ostpreussischen Landschaft Müller und Böllmer sind verhaftet worden. Die Verhaftung steht im

Zusammenhang mit der Aufdeckung von Unterschlagungen in Höhe von etwa 50 000 Mark.

**Ausweisung eines deutschen Studenten.** Die Straßburger Polizei hat den deutschen Studenten Hans Hartmann ausgewiesen, der angeblich unter den Straßburger Studenten deutsche Propagandaschriften verteilt haben soll. Man behauptet, daß Hartmann im Auftrage von Dr. Ernst, dem Herausgeber der Elbsch-Löhringischen Heimatstimme gehandelt hat. (??)

**Dr. Edener in England.** Dr. Edener traf in Sheffield zu einem kurzen Besuch ein. Er wird die Luftschiffhallen bei Howden und Cardington besichtigen. Dem Besuch soll insofern Bedeutung zukommen, als man glaubt, daß Dr. Edener die Möglichkeiten eines transatlantischen Luftschiffdienstes mit besonderer Berücksichtigung des Postverkehrs untersuchen werde. An einem der kommenden Tage wird Dr. Edener bei dem Luftfahrtminister Lord Londonderry und den Beamten des Luftfahrtministeriums vorsprechen und vielleicht auch eine Unterredung mit dem Premierminister haben.

**Streikunruhen in Spanien.** Wie aus Gijón (Nordspanien) berichtet wird, hat ein Streik der Hafen- und Dockarbeiter zu einer Reihe von Zwischenfällen Anlaß gegeben. Mehrere Streikende sind festgenommen worden. Gegen verschiedene Geschäftsführer ist Haftbefehl erlassen. Zwei Kompanien Infanterie von Oviedo sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Anmarsch.

**Neuer Flugzeug-Schnelligkeitsrekord.** Hauptmann Hawks legte in seinem Flugzeug die 728 Kilometer lange Strecke Cleveland (Ohio) — New York mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 411 Stundenkilometern zurück.

**Fledermausstärme.** Die große Bedeutung, die den Fledermäusen bei der Vertilgung von Stechmücken usw. zukommt, hat man zuerst in Amerika erkannt. In Texas traten trotz idealer Moskito Brutplätze Malariafälle erst auf, als man den Fledermäusen nachstellte. Da Rotunterjungen ergaben, daß 90 Prozent der Fledermausnahrung aus Moskitos bestand, baute man in Texas große Fledermausstärme, von denen ein einziger 500 000 Tiere beherbergen kann.



spült und bleicht ganz unerreich!

Hergestellt in den Persil-Werken!

## Handwerks-Amt Bad Homburg v. d. H.

Freitag, den 11. Dezember,  
abends 8.30 Uhr, im Neben-  
zimmer des „Schützenhofs“:

## Handwerker- Zusammenkunft

- a) Ehrungen
- b) Aussprache über Tages-  
fragen.

Der Vorstand.

## 1000 RM Belohnung!

für Nachweis, daß ich keine 100000 Stk. Ware verhandte.  
Gewaltiger Preisabbau — Noch nicht dagewesen!  
Neul. Ausgefall. Kleiderkamm d. ehem. Marine- u. d. d. r. w. f. e. l. e.  
Original Marinehose, beste Zivilhose, unverwundl. 12.50  
Schl.- oder Lapphose bis 130 cm Bund, 18.-, 15.-  
Dress- od. Segeltuch-Arbeitsch. Bluse od. Jacke St. 6.5, 4.-  
Marinewollsocken, unverwundl. i. Tragen, 1 P. 1.10 3 P. 3.-  
aufam. 10.-  
1 Garn. 3.75 — ca 500 gr schwer m. lang. Verrn. grau, blau,  
d. l. grün, können auch Frauen u. Jüngl. trag. Gr. 40 bis 56.  
Haust- u. Wollstrickfingerhandschuhe 1.25, Schals nur 0.75  
Deltumantel fogen. Vossentmantel schwarz od. 20.-  
gelb, wasserf. 125 | 135 25.-  
Deltumantel 18.- -Hosen 15.- Wasserf. Schürze 7, 6, 5.-  
ca. 150/200, 6.- 5.- 4.-  
Wohlsch. 180/250 7.-  
Schlafdecken, Kamelf., butterw., groß u. warm, 7.- 8.- 6.-  
Offizierwollsocken, la Ware, schwarz, grau Kamelf. 3 P. 5.-  
Ivandenken, herrliche Orientmuster, ca. 135/270 nur 7.50  
Schaltstiel 18.- Schürstiel 10.- Trillisch. -Hosen 4.50  
u. -Bootschweifen, mit Verrn., beste Zivilweste 4.50  
Kasern.-Gandfischer Gr. 70, 80, 40. Wollstrickpantoffel m.  
Gummis. Gr. 35/40 nur 1.50, Plüschhausschuhe m. W. Sch. 3.50  
Textil-Rolacker, Kiel 100. Eig. Postabfert.  
Porto bis 2 kg 0.50 Mk., bis 5 kg 1.-, ab 12.- portofrei.  
Gelegenheitskäufe, Marine- und Herrengut.

## „Zur Neuen Brücke“

Mittwoch, den 9. Dezember 1931:



## Schlachtfest

Es ladet freundlichst ein Georg Kappus.

## Brieftaubenliebhaberverein „Heimatliebe“, Bad Homburg.

Sonntag, den 13. Dezember 1931,  
ab morgens 9 Uhr, findet im Eisenbahn-  
hotel („Gambinus“) unsere diesjährige  
Schlaganstellung  
nach Harter's Zusammenstellung statt. —  
Als Preisrichter fungiert Herr Bledschmitt  
vom Verein „Freunde zum Rhein“, Schiffer-  
stadt. — Freunde und Gönner sind freund-  
lichst eingeladen. Eintritt 30 Bfg.  
Die Ausstellungsleitung.

## Luxus- Maté

(Auslese)

direkt vom Importeur, daher so billig.  
1/4 Pfd. 55 Pfg.,  
1/2 Pfd. 95 Pfg.  
Verlangen Sie gratis  
Proben!  
Taunus-  
Drogerie  
Carl Mathäy  
G. m. b. H.  
Bad Homburg,  
Luisenstr. 11.

## KAUFT RECHTZEITIG



ANFANG  
DEZEMBER

AM VORMITTAG  
FRÜHEN NACHMITTAG  
WEIHNACHTSABEND BIS 5 UHR

## Erfindung! Neuheit!

gef. geschützt.

Wollmaschine wäscht selbsttätig ohne jede Antriebs-  
kraft in 25 Minuten bis 200 Liter Wäsche blüten-  
weiß. Verkaufspreis unter RM 30.—

## Generalvertreter

von Fabrik gesucht: Große Verdienstmöglichkeit!  
Vertrieb auf eigene Rechnung, daher Betriebsmittel  
von RM 200 erforderlich. Angeb. u. Nr. 1025 an  
die Ann.-Exped. Ed. Rodlage, Osnabrück.



## Dauerbrand-Öfen

Öfen irisch und amerikanischen Systems  
Kohlen- und Gasherde  
Kohlenkasten — Ofenschirme  
Kupferkessel von 21 Mk. an  
Ofenröste, Herdschiffe, Ofenrohr  
Große Auswahl! Billige Preise!  
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung!  
Martin Reinach  
Eisenhandlung  
Telefon 2932 Luisenstr. 18

**Bezirksgeschäftsführer** tücht. Akquisiteur, m. gt. Allg.-Bildg. repräsentab. in Stadt u. Land, mögl. Nach-  
leute, sonst erfolgt evtl. Einarbeitung, sofort gesucht.  
Auch werden überall nebenamtliche Werber für Gelegen-  
heitsabschlüsse sof. d. uns, nachher durch die Bezirkslei-  
tung eingestellt. Hoher Verdienst u. Aufstiegsmöglichkeit.  
**Baubund Selbsthilfe G. m. b. H.**  
Baufparasse u. Depozitenbank  
Landesdirektion Wehrdeutschland  
Oberh.-Ostfeld, Schließbach 60

## Schöne kleine Pension

im Schwarzwald  
auch als Erholungs-  
heim geeignet, kompl.  
eingesetzt, mit Lie-  
gehaile, sofort sehr  
preiswert veräußert.  
Anfragen u. P. R. 393  
Annonc.-Expedition  
H. Verghorn,  
Berlin SW 68.

## Hotelgebäude

mit ca. 100 Zimmern,  
das sich für ein Sa-  
natorium eignet, bei  
größerer Anzahlung  
zu kaufen gesucht.  
Off. u. P. R. 2355  
Verlag „an der Daa-  
senstein und Wogler,  
Frankfurt am Main.

Nicht inzerieren  
heißt:  
Verlieren.

## FRAUEN

nur keine Sorgen!  
glücklich — sorgenfrei  
können Sie sein, wenn  
Sie mein stets bewähr-  
t. unschäd. hyg. Frauen-  
artikel gebrauchen. Zahl-  
reiche Dankschreiben.  
Teilen Sie mir in allen  
Fällen vertrauensvoll  
Ihre Wünsche mit. —  
Diskreter Versand!  
Hyanko - Versand,  
HANNOVER  
Hildesheimer Straße 8

## 1 moderne 3-Zimmer- Wohnung

mit Küche und Bad,  
besgl. 1 moderne  
4-Zimmer-  
Wohnung,

2 moderne  
6-Zimmer-  
Wohnungen

in bestem Zustand zu  
vermieten.  
G. Plate, Hildesheimer Str. 9  
Tel. 2854

## 4=5-Zimmer- Wohnung

mit Zubehör sofort  
oder später zu mieten  
gesucht. Schriftliche  
Angeb. befördert die  
Geschäftsstelle dieser  
Zeitung unter Nr. 100

## Weinheber Abfüßschläuche

Taunus-  
Drogerie  
Carl Mathäy,  
G. m. b. H.,  
Luisenstraße 11.

## Krote Kreuz Geld-Lotterie

Lose 3.00 Rmk.  
einschließl. Lotteriesteuer

Ziehung 15. u. 16. Jan. 1932

56000 Lose, 4800 Gewinne u.  
Prämie im Gesamtbetrag

von 130 000 Rmk.

Höchstgewinn 75 000 „

1 Hauptgew. 50 000 „

1 Prämie 25 000 „

1 Hauptgew. 10 000 „

empfehlen u. versenden die

Bad Homburger  
Neueste Nachrichten  
Dorotheenstraße 24.

## Neues vom Tage.

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Vorstand des Reichsbundes der Kinderreichen Deutschlands zum Schutze der Familie, Bundesvorsitzenden Konrad, und den Bundesgeschäftsführer, Generalmajor a. D. Dix.

Die vom Statistischen Reichsamt berechnete Großhandelsindexziffer stellt sich für den Monatsdurchschnitt November mit 106,6 um 0,5 Prozent niedriger als im Vormonat.

Der Sonderausschuß der Basler Reparationsbank begann am Dienstag die sachlichen Beratungen. Der deutsche Vertreter, Dr. Melchior, erstattete ein Exposé über die allgemeine Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands.

Das englische Unterhaus hat die von der oppositionellen Arbeiterpartei gegen die Zollvorlage des Landwirtschaftsministers eingebrachte Entschließung mit 315 gegen 38 Stimmen abgelehnt und darauf die Vorlage selbst in zweiter Lesung angenommen.

Der seit September 1930 im Amt befindliche Generalsekretär der italienischen faschistischen Partei, Giurati, ist zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde der Abgeordnete Achille Starace ernannt.

## Offene Steuerlisten.

In Deutschland ist der Inhalt der Steuerlisten geheim. Nur der Steuerzahler selber und die Steuerbeamten, die damit zu tun haben, wissen, welches Einkommen und welches Vermögen im Einzelfalle versteuert wird. Die Öffentlichkeit erfährt davon nichts. Die Steuerbeamten sind streng verpflichtet, über diese Dinge, die ihr Dienstgeheimnis sind, zu schweigen. Eine Offenlegung ist nur für die Einheitswerte der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe, der Grundstücke und der Betriebsgrundstücke vorgesehen.

Nun ist schon oft angeregt worden, das Steuergeheimnis aufzuheben und die Steuerlisten offenzulegen. Die Forderung wäre praktisch so durchzuführen, daß auf den Finanzämtern die Listen der Steuerzahler mit den Angaben der von diesen versteuerten Vermögen und Einkommen zur Einsichtnahme für jedermann ausgelegt würden. So, wie man jetzt das Grundbuch einsehen kann, würde man dann auch von der Steuerliste Einsicht nehmen können. Die Befürworter der Offenlegung führen an, daß die Öffentlichkeit ein Recht darauf habe, zu wissen, welche Vermögen und Einkommen versteuert werden. Sie weisen, auch darauf hin, daß die Offenlegung der Steuerlisten eine gewisse Kontrolle bedeute: häufig wisse man in der Bevölkerung ganz genau, daß der oder jener ein großes Vermögen oder Einkommen besitze — wenn man nachsehen könne, was er versteuert, dann könne man unter Umständen die Behörde darauf aufmerksam machen, daß hier eine Hinterziehung vorliege. Welt diese Möglichkeit bestände, würden dann aber auch von vornherein richtigere Angaben seitens der Steuerpflichtigen gemacht — eben aus Furcht vor der Kontrolle der Öffentlichkeit. Die Steuerreform würde also durch die Offenlegung gehoben werden. Die Gegner der Offenlegung bestreiten die Richtigkeit dieser Argumente. Sie sagen, es würde genau das Gegenteil erreicht: die Offenlegung reize zur Kapitalflucht ins Ausland an, und die Steuererträge würden infolgedessen nicht größer, sondern kleiner werden. Wie man sieht, ist die ganze Frage stark umstritten. Auch der Reichstag hat sich des öfteren mit der Frage beschäftigt und zuletzt in einer Entschließung am 20. Juli 1929 die Reichsregierung ersucht, eine Denkschrift vorzulegen, die eine Übersicht gibt, in welchen Ländern und in welchen Formen eine Offenlegung

der Steuerlisten erfolgt, welche Erfahrungen damit gemacht und welche Sicherungen in diesen Ländern gegen eine zweckwidrige und kapitalfluchtfördernde Wirkung der Offenlegung der Steuerlisten geschaffen sind. Diese Denkschrift hat der Reichsfinanzminister jetzt vorgelegt.

Die Erhebungen erstrecken sich auf 51 Staaten. Von diesen legen 18 die Steuerlisten offen aus, nämlich Kolumbien, Danzig, Ecuador, England, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Peru, Polen, Schweden, die Schweiz, Spanien, die Tschechoslowakei und Ungarn. Mehrere dieser Staaten haben offene Steuerlisten nur für bestimmte Steuerarten. Die Niederlande haben eine Offenlegung der Steuerlisten nicht angewandt, dafür aber bei der Regelung der Steuerangaben eine Kontrolle eingeführt. Es wirken besondere Steuerauslässe, Sachverständige und ein Bücherrevisordienst werden herangezogen.

Ueber die Erfahrungen in den Ländern, welche für alle oder einzelne Steuerarten die Offenlegung einführen, finden wir in der Denkschrift ausführliche Berichte, die überaus interessant sind. So bezeichnet Luxemburg seine Erfahrungen als durchaus günstig. Die Offenlegung der Steuerlisten habe eine gerechtere Besteuerung zur Folge gehabt. Dafür, daß durch Offenlegung der Steuerlisten die Kapitalflucht vermehrt worden sei, beständen keine Anhaltspunkte. Ähnlich berichten Kolumbien, Danzig, Ecuador und England, soweit dort in geringem Ausmaß, nämlich für die Lohnsteuer, die Offenlegung vorgenommen wird. Danzig teilt mit, daß nur in verschwindend geringem Umfang von dem Recht der Einsicht in die Steuerlisten Gebrauch gemacht wurde. Estland habe keine besonderen Wirkungen festgestellt, und Frankreich und Polen geben an, daß eine besondere steuerliche Wirkung der Offenlegung nicht zutraf. Italien hält an der öffentlichen Behandlung der Steuerlisten fest, wobei man berücksichtigen muß, daß es in Italien keine Selbststeinschätzung gibt und die Eintreibung von direkten Steuern an Privatunternehmer vergeben wird. Finnland will angesichts der guten Erfolge eine Erweiterung auf andere Steuerarten vornehmen. Peru, Schweden und die Tschechoslowakei geben übereinstimmend an, daß eine bessere Veranlagung und eine gerechtere Besteuerung erreicht worden sei. Von der Schweiz, in der die vollkommenste Form für die Offenlegung gefunden ist, liegen geteilte Auffassungen je nach den Kantonen vor.

Amerika hat bis 1926 die Steuerlisten offengelegt. Dann kam es zur Aufhebung dieser Bestimmung und an ihre Stelle trat die Vorschrift, daß die Steuerlisten nur auf Anordnung des Präsidenten und nach Maßgabe von Vorschriften und Bestimmungen, die vom Schatzamtssekretär erlassen und vom Präsidenten genehmigt werden, einer Einsichtnahme zugänglich sein sollen. Die Durchführungsbestimmungen hierzu belegen, daß grundsätzlich nur Steuerpflichtige zur Einsichtnahme berechtigt sind.

Der Inhalt der Denkschrift belehrt uns, daß die Frage der Offenlegung der Steuerlisten eine sehr heikle ist und wohlüberlegt werden muß. Nun wird an Hand dieser Denkschrift der Steuerauslaß des Reichstages sich über Möglichkeit und Notwendigkeit einer Offenlegung der Steuerlisten beraten. Es läßt sich natürlich noch nicht absehen, wie die Stellungnahme dieses Ausschusses ausfallen wird. Die Denkschrift über die Erfahrungen anderer Länder zeigt, daß gewichtige Argumente für und gegen die Offenlegung sprechen. Belegt wird daher die Entscheidung für Deutschland nicht sein. Neben den sachlichen Gründen spielen naturgemäß auch die politischen eine Rolle.

### Verstärkte Forderungen nach Eisen- und Stahlzöllen.

London, 8. Dezember.

Der Reichsindustrie-Ausschuß des Unterhauses, dem über 200 konservative Parlamentsmitglieder angehören, hielt eine Sitzung ab, in der die Anhänger der sofortigen Einführung eines Schutzzolles auf Eisen und Stahl lebhaft Unzufriedenheit an der Haltung der Regierung bekundeten.

Es wurde eine Entschließung angenommen, in der der Vorsitzende des Ausschusses Henry Page Croft beauftragt

wird, dem Premierminister mitzuteilen, daß die Mitglieder des Ausschusses bereit seien, am nächsten Freitag gegen die Entschließung über die Verlegung des Unterhauses zu stimmen, falls sie mit der vom Präsidenten des Handelsamtes, Walther Runciman, bei der Debatte über die sozialistischen Nichtaustauschabjugebenden Erklärung nicht zufrieden seien.

Die Blätter veröffentlichen einen Bericht des Vollzugsausschusses der Vereinigung britischer Handelskammern über den Handel mit Rußland. Darin wird die für England ungünstige Bilanz dieses Handels als unerträglich bezeichnet. Besonders wird bemängelt, daß England für russische Einfuhrgegenstände bezahlt, die an Rußland für Ankäufe von Maschinen und Werkzeugen bei Englands Konkurrenten benutzt werden. Es wird daher vorgeschlagen, mit Rußland eine in dieser Beziehung auf Gegenseitigkeit beruhende Vereinfachung abzuschließen.

## Ershossen aufgefunden.

Selbstmorde zweier Berliner Rechtsanwölfe.

Berlin, 8. Dezember.

Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Vagantemp, gegen den wegen Untreue und Unterschlagung von Mandantengeldern Haftbefehl erlassen wurde, da er zu dem gestern anberaumten Termin nicht erschienen war, wurde in seiner Villa in Lichterfelde, Feldstraße 23, erschossen aufgefunden.

Die Kriminalpolizei hatte von seinem Aufenthalt in seiner Villa Kenntnis erhalten und umstellte am Dienstag früh um 5 Uhr mit Unterstützung eines Ueberfallkommandos die Villa. Gerade in dem Moment, als Kriminalpolizei in das Haus Einlaß begehrte, hörte sie aus dem ersten Stock einen Schuß, und stellte nach gewaltsamem Eindringen in die verbarrikadierte Villa fest, daß sich der Geflüchte durch einen Schläfenschuß erschossen hatte.

Ferner hat sich der Sozius des bekannten Verteidigers Dr. Asberg, der 28jährige Rechtsanwalt Dr. Walter Vihner, in seiner Wohnung in Spandau erschossen. Ueber die Motive, die Vihner zu seinem Schritt getrieben haben, herrscht noch völlige Unklarheit.

## Ein Millionen[s]windel.

Gaunereien eines angeblichen „Prinzen“.

Paris, 8. Dezember.

Die Pariser Polizei hat, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, einen mondänen und sehr erfolgreichen Schwindler verhaftet, den angeblichen Prinzen Kerim Bey Sultaness. Man weiß zwar nicht genau, ob der Verhaftete wirklich ein Prinz ist; man weiß noch nicht einmal, ob er Türke oder Perser ist. Fest steht nur, daß er bereits unter drei verschiedenen Namen vorbestraft ist. Der Schwindlerprinz versteht es, unter Aufbietung einer direkt morgenländischen Phantasie riesige Geldbeträge einzubehebeln.

Einem Pariser Bankier verkaufte er einen kleinen Anteil an „seinen sabelhaften Petroleumquellen in Baku für 300 000 Franken. Von einem Londoner Bankier erhielt er einen Vorstoß von 283 000 Pfund auf ein angebliches Gutachten bei der Angoraregierung für die Lieferung schwerer Geschütze. Mit dem American Express schloß er gegen Zahlung einer Summe von 1 Million Franken einen Eisenbahn-Konzessionsvertrag für die Linie Teheran—Isfahan ab. Mit dem Londoner Bankier Oedlinger befreundete sich der Prinz unter Aufnahme einer Anleihe von 70 000 Pfund so sehr, daß nach dem Tode des Bankiers dessen Witwe sich mit dem Schwindler verlobte.

Neben diesen großen Geschäften wußte der Prinz auch eine Reihe kleinerer, aber ebenfalls lukrativer Grundstücksoperationen um ein Hotelgrundstück in Monte Carlo zu organisieren. Ein Notar, zwei authentische Gräfinnen, ein Baron, eine Opernsängerin und ein Köchin beteiligten sich an diesen Operationen. Als der Schwindler endlich beim Verlassen eines hochfeudalen Klubs in Paris verhaftet wurde, versuchte er noch, die beiden Polizeibeamten mit je 50 000 Franken in bar zu bestechen.

## Ich hab dir verziehn!

Roman von Clotilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

Hart fiel er im Niedergleiten gegen die offene, scharf-lantige Stahltür des Geldschrankes, sank wie leblos zu Boden, indem aus einer Wunde am Kopfe langsam und jäh Tropfen um Tropfen Blutes hervorquollen und eine grauliche Lache bildeten.

Hans Egon schrie auf bei diesem Anblick, und im gleichen Augenblick wurde die Tür aufgerissen. Das entsetzte Gesicht des alten Profuristen erschien in der Öffnung. Der alte Mann hob mit einer Gebärde des furchtbaren Schreckens die Hände.

„Was ist hier geschehen? Was haben Sie ihm getan? Mörder! Mörder!“

Und er kniete bei der leblosen Gestalt nieder. Auch Hans Egon bückte sich jetzt.

„Helfen Sie mir, ihn aufzuheben“, sagte er heiser und machte Miene, seine Hände unter den Kopf des Regungslosen zu legen.

Drohend sah der Profurist zu dem Grafen auf.

„Hören Sie mir, meinen Herrn nicht an! Unsere treuen Leute und ich, wir werden unseren Herrn Konful hinaustragen.“

Und schon drängten sich in der Tür die erschreckten Gesichter der Anwesenden.

Die Tritte im Hausflur waren verhaßt. Nur hastiges Gehen in der oberen Etage, Laufen und Türenschlagen zeigten Hans Egon an, daß man sich oben um den Konful bemühte. Ein heranrollender Wagen mochte der des alten Hausarztes gewesen sein.

Hier unten aber war eine beängstigende Stille. Hans Egon stand allein in diesem Räume, wie ausgestoßen aus

der Gemeinschaft der Menschen. Wüste Bilder der Angst und des Schreckens freilagen hinter seiner Stirn.

Alles, was der Konful ihm gesagt, türmte sich vor ihm auf wie eine drohende Gestalt, die mit würgenden Händen näher und näher auf ihn zu kroch. Noch konnte er die Zusammenhänge nicht alle erfassen. Noch wußte er nicht, was mit dem unheimlichen Bilde geschehen, wie man es mit seinem verbrecherischen Inhalt versehen, wie man es zu ihm in Beziehung gebracht. Wie war es möglich, daß die Polizei gerade auf ihn jenen furchtbaren Verdacht geworfen?

Wer hatte seinen Namen mißbraucht, um ein Verbrechen zu verdecken, das so grauliche Folgen hatte?

Aber es war jetzt nicht Zeit, darüber nachzudenken. Je länger er hier verweilte, um so größer wurde für ihn die Gefahr.

Jede Minute konnte jener unbekannte Feind die Polizei auf ihn hegen, jede Minute konnte den Zusammenbruch, die Schande des Hauses Sibellus bringen.

Und noch Schlimmeres mochte ihm drohen, wenn er hier verweilte. Der Blick des treuen Profuristen — war er nicht wie ein verdammdes Urteil gewesen? Hatte man nicht die bestige Stimme des Konfuls gehört? Würde man ihn, Hans Egon, nicht gar für den Mörder des Schwiegervaters halten? Alles war möglich, wenn er hierblieb. Und nur eine Rettung gab es für ihn: die Flucht.

Alles war verloren: die Ehre, die Sicherheit, der Name — und Virgil. Wenn sich selbst alles andere auflösen ließe, diesen zweiten Verrat würde ihm Virgil nie verzeihen können. Er mußte fort, schnell fort. Und alles war ihm nun gleichgültig.

Mit dem Blick eines geheuten Tieres sah er sich um. Er erblickte in dem offenen Geldschrank mehrere Bündel Banknoten, stopfte sich in die Taschen, was sie fassen konnten, und schlich aus dem Zimmer, aus dem Hause, ohne von jemand gesehen zu werden.

Indessen hatte Graf Friedrich seine Geschäfte in Ostpreußen abgewickelt. Er war mit dem Ergebnis zufrieden und hatte eigentlich die Absicht, der Einladung eines befreundeten Gutbesizers zu folgen, der ein Sommerhaus an der See besaß. Ein paar Tage Ausspannung hätten ihm not getan.

Aber in den letzten Tagen war ein merkwürdiges Gefühl der Unruhe in ihm erwacht. Und diese Unruhe hatte sich in der letzten Nacht zu einem unheimlichen Traume verdichtet.

In diesem Traume hatte er Virgil gesehen, wie sie auf einem blumenüberschütteten Wäde einem Pfusel entgegen schritt. Sie achtete nicht darauf, daß aus einem Abgrund zur Seite des schmalen Weges eine düstere Gestalt emporwuchs, die mit bageren Geisterhänden sich nach der ahnungslos Dahinschreitenden reckte. Die Virgil seines Traumes hatte ein beglückendes Lächeln auf ihrem bleichen Antlitz; plötzlich aber griffen die gespenstischen Hände nach Virgils lichtein Kleid und rissen die Aufschreiende in den schwarz gähnenden Abgrund.

In Schweiß gebadet war Friedrich aufgewacht und hatte vergeblich versucht, in der sonnigen Heiterkeit des Tages das grauliche Traumbild abzuschütteln. Aber immer noch hörte er den Angstschrei der heimlich geliebten Frau aus dem Abgrund gellend an sein Ohr dringen.

In einem plötzlichen Entschluß packte er seinen Koffer, ließ eine Depesche an seinen Jugendfreund ausgeben und sah alsbald im nächsten Zuge, der ihn der Heimat entgegenführte.

Friedrich fuhr im offenen Jagdwagen des Schlosses von der Station aus dem Gute zu. Er sah mit Freude auf die Felder, die in üppiger Reife standen und in die schon mit leisem Singen die Sensen hineinklangen. Wie schön war die Heimat, wie schön war es, wieder zu Hause zu sein!

Wald würde auch Virgil wiederkehren, und diese seltsame Unruhe würde von ihm weichen. (Fortf. folgt.)

# Mus Nah und Fern

Zuckerfabrik durch Großfeuer vernichtet.

**Schwege.** Ein verheerendes Großfeuer legte die ehemalige Zuckerfabrik Niederhonne vollständig in Asche. Die Fabrikanlagen sind bis auf die Grundmauern völlig niedergelegt. Auf dem Fabrikgelände hatte ein Schreinermeister eine Werkstatt, in der das Feuer ausbrach und auf die Maschinenhallen übergrieff. Zwei große Maschinenhallen und drei Wohnungen fielen dem Feuer zum Opfer.

Einbrecher schlugen auf Polizeibeamte.

**Kassel.** Ein Beamter des Wach- und Schließinstituts stellte in der Dorfstraße Einbrecher fest. Als sich der Wächter näherte, wurde er beschossen. Der Wächter erwiderte die Schüsse. Einige Polizeibeamte, die durch die Schüsse herbeigerufen worden waren, alarmierten das Ueberfallkommando. Inzwischen hatten zwei Personen über einen Zaun hinweg das Weite gesucht, konnten jedoch von den Polizeibeamten festgenommen werden. Als das Ueberfallkommando das Grundstück der Kohlenhandlung umstellt hatte, fiel plötzlich aus einem nahegelegenen Garten ein Schuß, der einen Beamten am Knie verletzete. Der Schütze konnte nicht gefunden werden.

**Frankfurt a. M.** (Zwei Todesopfer des Verkehrs.) Am Dienstag wollte ein 23-jähriger Radfahrer an der Bremer Straße Ecke Fürstenberger Straße einen Wagen der Straßenbahn noch schnell überholen. Er kam zu Fall und das Rad geriet unter die Trambahn. Der Mann lag in weitem Bogen auf dem Straßenpflaster und brach das Genick, so daß er sofort tot war. — Ebenfalls tödlich verunglückt ist im Stadtteil Höchst ein 60-jähriger Mann, der von einem Lastkraftwagen überfahren wurde. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, an deren Folgen er in der Nacht im höchsten Krankenhaus starb.

**Frankfurt a. M.** (Diebe, die Pech hatten.) In der Oststraße wurde ein Mann beobachtet, der sich an einem Auto zu schaffen machte. Ein Zeuge beobachtete, wie der Dieb eine Decke aus dem Kraftwagen nahm. Er alarmierte das Ueberfallkommando, das den Autodieb festnahm. — Ebenfalls Pech hatte ein Ladendieb, der in einem Kaufhaus auf der Zeil einen Schlafanzug stahl. Als er sich beobachtet sah, rief er aus und stürzte nach der Halengasse zu, wo ihn Passanten stellten und der Polizei übergaben.

**Frankfurt a. M.** (Einbrecher, die sich selbst oerraten.) Einbrecher brachen in ein Konfektionsgeschäft am Liebfrauenberg ein. Sie kleideten sich zunächst neu ein und packten dann eine Anzahl Kleider und Mäntel zusammen, um damit wieder zu verschwinden. Inzwischen war die Außentür von irgend jemand verschlossen worden, so daß die Diebe die Tür gewaltsam aufbrechen mußten. Durch das Geräusch wurde eine Schupatrouille aufmerksam, die die Einbrecher beim Verlassen des Geschäftslokals in Empfang nahm.

**Hanau.** (Der Reuhofers Darlehenskassen-Prozess.) Die seit dem 27. v. M. vor der Großen Strafkammer Hanau als Berufungsinstanz geführten Verhandlungen über die Vorgänge bei dem Darlehenskassenverein Reuhof bei Fulda gehen ihrem Ende zu. Es ist damit zu rechnen, daß am Mittwoch das Urteil gesprochen werden kann. Auch der letzte Verhandlungstag hat gezeigt, daß die damaligen leitenden Personen der Darlehenskasse Reuhof, also die Vorstandsmitglieder, nicht in der Lage waren, die gewaltig angewachsenen Wechselgeschäfte zu übersehen.

**Neuwied.** (Untreue eines Justizbeamten.) Das erweiterte Schöffengericht verurteilte den früheren Justiz-Hilfswachtmeister Wilhelm Zimmermann aus Bins wegen fortgesetzter Urkundenunterdrückung, Untreue und Unterschlagung zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und 150 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte hatte ihm übergebene Gelder nicht an die Gerichtskasse abgeführt und, um sich vor Entdeckungen zu schützen, die betreffenden Akten beilegt.

**Neuwied.** (Gläubigerversammlung.) In einer vom Vorstand der Bank für Handel und Gewerbe Neuwied, die bekanntlich vor einigen Tagen ihre Schalter schließen mußte, einberufenen Gläubigerversammlung wurde von der Verwaltung der Vorschlag gemacht, beim Gericht ein Vergleichsverfahren zu beantragen. Die Gläubiger erklärten sich jedoch mit diesem Vorschlag nicht einverstanden. Es wurde beschlossen, zunächst die Aufstellung der Verbindlichkeiten und Aktiven der Bank abzuwarten.

**Erbach.** (21000 Mark unterschlagen und gestohlen.) Der 32-jährige Handlungsgehilfe Hans Prinz von hier ist nach Unterschlagung von 21000 Mark flüchtig gegangen. Prinz war Leiter der Betriebskrankenkasse der Firma Rudolf Köpp u. Co. in Dettlich. Er hat den unterschlagenen Betrag der Betriebskrankenkasse entnommen.

Dr. Werner (Nat.-Soz.) Landtagspräsident.

(:) Darmstadt, 8. Dezember.

Unter Vorsitz des Alterspräsidenten Winter trat am Dienstag der neue hessische Landtag zu seiner ersten Sitzung nach der Wahl zusammen. Bei der Wahl des Landtagspräsidenten ergab sich ein Zusammenstimmen des Zentrums mit den Nationalsozialisten. Es wurden gewählt zum Landtagspräsidenten Abg. Dr. Werner (Nat.-Soz.) mit 40 Stimmen (Nat.-Soz. und Zentrum), zum ersten Stellvertreter Abg. Becker (Zentrum) mit 34 Stimmen (Nat.-Soz. und Zentrum), zum zweiten Stellvertreter Abg. Delp (Soz.) mit 29 Stimmen (Enthaltung der Nat.-Soz.). Die Kommunisten stimmten jeweils für eigene Kandidaten.

Anwesend waren alle Abgeordnete mit Ausnahme Schäfers, der wegen der Hochverratsangelegenheit bekannt geworden ist. Die Tribüne, war überfüllt. Große Sicherheitsmaßnahmen sorgten für Ruhe und Ordnung innerhalb und außerhalb des Landtagsgebäudes.

Zentrum und hessische Regierungsbildung.

(:) Mainz. Hier fand eine Landesausschussung der hessischen Zentrumspartei statt, die einen sehr guten Besuch aus allen Landesteilen aufzuweisen hatte. Nach einer kurzen Würdigung des hessischen Parteivorstandes Reichstagsabgeordneter Dr. Bodius wurde die durch die Wahlen geschaffene Lage in Hessen erörtert. Partei- und Fraktionsleitung stellten dabei zur Frage der Regierungsbildung folgendes fest: „Am Dienstag tritt der hessische Landtag

zusammen. Vorverhandlungen zwischen den Fraktionen über die Bildung einer Regierung haben unseres Wissens nicht stattgefunden. Dem Zentrum kommt es auch nicht zu, die Initiative zu ergreifen, da diese Pflicht den stärksten Parteien obliegt. Daraus folgt, daß die Bildung einer Regierung beim Zusammentritt des Landtages unmöglich erscheint.“

Einstellung der Steuerzahlungen?

(:) Uelversheim (Rhinehessen). In Uelversheim fand unter dem Vorsitz des Ortsbeirats Otto Stallmann eine Protestkundgebung der Landwirte von Uelversheim und Umgebung statt, die unter dem Zeichen der „Schwarzen Rotfahne“ abgehalten wurde. Nach einem Referat des Redakteurs Blahn wurde eine Reihe von weittragenden Beschlüssen gefaßt, nämlich sämtliche Leistungen und Abgaben an Reich, Land und Gemeinden einzustellen, die Zahlungen an die Berufsgenossenschaften, Landwirtschafts- und Handelskammern nicht mehr zu entrichten, Licht- und Wasserrechnungen nur noch mit der Hälfte der Anforderungen zu bezahlen und die Krankenkassenbeiträge nur noch auf der Grundlage des wirklichen Lohnes errechnet abzuführen.

Abtreibung und Erpressung.

(:) Darmstadt. Das Schwurgericht verhandelte am Montag gegen fünf Angeklagte: Die 20-jährige Tochter eines Bäckermeisters von Groß-Zimmern wegen Abtreibung, die 38-jährige Ehefrau eines Arbeitslosen aus Darmstadt, wegen gewerbmäßiger Abtreibung (vorgeworfen an der ersten Angeklagten) und weil sie es unternommen hat, das Mädchen und dessen Mutter zu erpressen, nachdem sie das Mädchen zum Diebstahl von Geld, mit dem der enorm hohe Preis für die Abtreibung bezahlt wurde, angestiftet hatte, den Ehemann der Abtreiberin, weil er bei den Erpressungen Beihilfe geleistet hat, einen jungen Mann aus Darmstadt, der ebenfalls wegen Beteiligung an der Erpressung angeklagt war und dabei mit falschen Urkunden operierte; schließlich gegen die Liebhaber des Mädchens. Die Hauptangeklagte erhält wegen zweier versuchter gewerbmäßiger Abtreibungen, wegen Anstiftung zum schweren Diebstahl in Tateinheit mit fortgesetzter Erpressung und einer weiteren Erpressung insgesamt ein Jahr neun Monate Zuchthaus. Ihr Mann erhält wegen Beihilfe sechs Monate und zwei Wochen Gefängnis. Das Mädchen erhält wegen zweier versuchter Abtreibungen zwei Wochen Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist, der frühere Liebhaber des Mädchens wegen Beihilfe drei Wochen Gefängnis.

(:) Offenbach a. M. (Ein kleines Kind tödlich oerbrüht.) In einer Wohnung in der Friedhofstraße fiel ein anderthalbjähriges Kind in einen unbewachten Augenblick in eine Badewanne mit heißem Wasser. Es wurde mit schweren Brandwunden ins Krankenhaus gebracht, wo es bald darauf seinen Verletzungen erlag.

(:) Biskopsheim. (Schwerer Verlust.) Einen Betrag von 280 Mark wollte eine Frau von hier auf dem Postamt einzahlen. Dort angelangt mußte sie feststellen, daß sie das Geld unterwegs verloren hatte.



Wahl der „deutschen Schönheitskönigin 1932“.

Die deutsche Liga für Schönheit und Körperkultur veranstaltete im Berliner Marmoraal die Wahl der „deutschen Schönheitskönigin 1932“, die vom Publikum durch Stimmabgabe gewählt wurde. — Unser Bild zeigt: Die fünf Schönsten der Schönheitskonkurrenz von links nach rechts: Lotte Bräutigam (2. Preis), Frä. Brinkmann (5. Preis), Schönheitskönigin 1932 Hertha Liebmann (1. Preis), Anneliese Dobat (3. Preis), Dorothea Steinberg (4. Preis).

## Die deutsche Bevölkerungsentwicklung.

Rückgang der Eheschließungen. — Rückgang der Geburten. — Geringer Geburtenüberschuß.

Die vom Statistischen Reichsamt durchgeführten vorläufigen Auszählungen der Bevölkerungsvorgänge für das zweite Vierteljahr 1931 ergaben wieder einen starken Rückgang der Eheschließungen und Geburten. Die Zahl der Eheschließungen — im 2. Viertel 1930 waren es 161 958 — hat gegenüber dem 2. Vierteljahr 1930 um rund 15 700 abgenommen. Auf 1000 Einwohner kamen nur noch 9,1 Eheschließungen, das sind 1 auf 1000 weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im 1. Halbjahr 1931 wurden in Deutschland insgesamt 30 000 Ehen weniger geschlossen als im 1. Halbjahr 1930 und zwar 242 981 gegen 272 927. Die Abnahme ist ausschließlich auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen. Im ganzen genommen dürfte die Zahl der Haushaltsneugründungen sich gegenwärtig um über 140 000 im Rückstand befinden, eine Tatsache, die besonders auch für die Wohnungs- und Baupolitik von Bedeutung ist. In der Gesamtheit der Großstädte ist die Heiratsziffer noch um 40 Prozent stärker zurückgegangen als im Reichsdurchschnitt.

Die Zahl der Lebendgeborenen war im zweiten Vierteljahr 1931 um rund 28 500 geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Abre Abnahme hat sich im Vergleich mit dem

ersten Vierteljahr um etwa 70 Prozent gesteigert. In der ersten Hälfte d. J. wurden insgesamt 45 000 Kinder weniger geboren als im ersten Halbjahr 1930. Die starke Abnahme der Geburtenzahl wirkt sich im Gegenjahre zu dem Rückgang der Heiratsziffer am stärksten auf dem Lande und in den Kleinstädten, also hauptsächlich in den bisher noch verhältnismäßig kinderreichen Bevölkerungsschichten aus.

Die Sterblichkeit hat sich im Laufe des zweiten Vierteljahres wieder beträchtlich gebessert, so daß die allgemeine Sterbeziffer mit 11,3 auf 1000 sogar noch etwas unter dem sehr niedrigen Stand vom zweiten Vierteljahr 1930 — 11,4 — blieb.

Die Selbstmordziffer hat im zweiten Vierteljahr keine weitere Zunahme erfahren. Der Geburtenüberschuß des Reiches schrumpfte infolge der starken Abnahme der Geburten immer mehr zusammen. Er betrug im zweiten Vierteljahr nur 84 395 oder 5,2 auf 1000 der Bevölkerung und war damit um ein Viertel kleiner als im zweiten Viertel des Jahres 1930. Im ersten Halbjahr hat die Bevölkerung des Deutschen Reiches durch natürliche Vermehrung um insgesamt nur 143 794 zugenommen gegenüber 214 658 im ersten Halbjahr 1930.

## Welt und Leben.

Zunahme der Eheschließungen in aller Welt.

In allen europäischen Ländern hat die Zahl der Eheschließungen gegenüber der Vorkriegszeit ungeheuer zugenommen. Auf 100 000 Einwohner hat sich die Zahl der Eheschließungen im Jahre 1913 bis 1929 in folgendem Verhältnis erhöht: in Deutschland von 27,9 auf 61,6, in Österreich von 11,4 auf 89,6, in der Schweiz von 41 auf 67,5, in Finnland von 8,5 auf 20,4, in Schweden von 13,7 auf 34,7, in Norwegen von 20,5 auf 28,1, in Dänemark von 28 auf 66, in England von 1,6 auf 8,8, in Schottland von 5,3 auf 10,5, in Holland von 18,1 auf 35,5, in Belgien von 15,9 auf 29,5, in Luxemburg von 9,6 auf 27,4, in Frankreich von 37,7 auf 47,7. — Außerhalb Europas beträgt das Eheschließungsverhältnis in den Vereinigten Staaten 163,3 bei 100 000 Einwohnern, in Neuseeland 46,8. Diese Zahlen, die wir der Zeitschrift „Neues Reich“ entnehmen, werden natürlich von Sowjetrußland weit übertroffen.

Die Sehnsucht nach dem Bett.

Einem „Bobby“ — das ist der Rosenname für den Londoner Schuhmann — in der Londoner City fiel bei seinem nächsten Rundgange auf, daß die große Schaufenstertheater eines zu seinem Revier gehörigen Bettgeschäfts eingeklagert war. In der Meinung, Einbrecher seien an der Arbeit, stieg er durch das Fenster, vermutete aber zunächst nichts Irregendes Verdächtigendes zu entdecken. Beim Hinausgehen bemerkte er jedoch, wie ein im Schaufenster stehendes Bett sich in auffälliger Weise zu regen begann. „Bobby“ war modern und glaubte nicht an Nachtgespenster. Er forschte nach und fand, daß das Bett — nicht leer war: Ein junger Mann lag darin, der sich in dem funktionsgeladenen Phylax, den er sich „entleihen“ hatte, aufricht wohl fühlte. Zur Rede gestellt, gab er kleinlaut zu, er sei seit längerer Zeit arbeitslos und obdachlos und habe das nicht zu meißernde Bedürfnis verspürt, wieder einmal in einem richtigen Bett zu schlafen. Das „Bedürfnis“ trug dem jungen Manne eine entsprechende Geldstrafe ein. Es fanden sich aber mitleidige Leute, die für den Humor des Falles Verständnis hatten und das Geld nicht nur für ihn bezahlten, sondern ihm auch neue Arbeit verschafften.

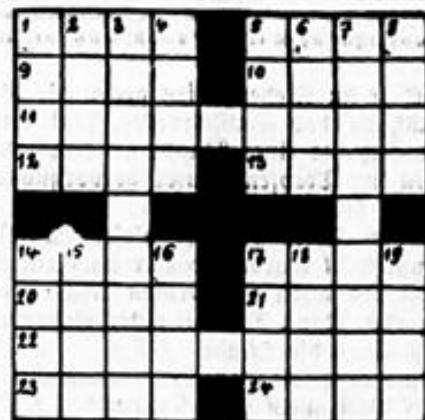
## Wetterbericht.

Durch den Einbruch der Kaltluft hat sich von Westen her ein Hochdruckrücken über das Festland geschoben. Dadurch ist jetzt mit allgemeiner trockener Witterung zu rechnen.

Wettervorhersage: Trocken, vorwiegend heiter, leichter Nachtfrost, stellenweise Nebel.



Kreuzworträtsel.



Die Wörter bedeuten:

a) Von links nach rechts: 1. Kleidungsstück. 5. Götter der Kunst. 8. Grenzgebirge. 10. Hochland in Vorderasien. 11. Männlicher Personennamen. 12. Nebenfluß der Elbe. 13. Schilmbird. 14. Weiblicher Personennamen (Koseform). 17. Abgeschlossene Gruppe. 20. Nachschußmann. 21. Planet. 22. Truppengattung. 23. Weiblicher Personennamen. 24. Buch der Bibel.

b) Von oben nach unten: 1. Feldmaß. 2. Gouvernement und Stadt in Rußland. 3. Italienische Insel. 4. wie 12. wogerecht. 5. Sprenggeschloß. 6. Metall. 7. Stadt in Spanien. 8. Größere Wälsche. 14. Wasserpflanze. 15. Töchter Mensch. 16. Deutsche Universitätsstadt. 17. Andere Bezeichnung für Vortrag. 18. Teil des Auges. 19. Stadt in Thüringen.

## Auflösungen aus voriger Nummer:

Rästel: Freitag.  
Ankündigungsaufgabe: Eld Hag Rat Jim Sud Ton Mal  
Vor Num Kap Top. — Christmarkt.  
Zahlen-Rästel: Nikolaus.  
Rästel: Schlemmer, Schlummer, Schlummer.